

WELTWEIT

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Berningerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Bestellschlußung 90 Pfennig. Erhalten bedingentlich ledigmal und zwar mit Rücksicht auf die Postzeitung. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weyer, 6, m. b. H. Bernauerstr. für Postamt u. Verlagsamt Berningerode, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Postamt u. Verlagsamt Karl Zeiff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Berningerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Restanquell 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Wollschloßstraße Berningerode 4536 und Selbstverhandlung (Eisenach) Berningerode, Burgstraße 30.

Nr. 304

Dienstag, den 30. Dezember 1930

5. Jahrgang

Es stinkt.

Colosser gegen Drenzig: Korruption in der Wirtschaftspartei.

Der bisherige zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colosser, erhebt gegen den ersten Vorsitzenden, Friederich Drenzig, den Vorwurf der Wirtschaftspartei, schwerer Art, die in einer Denkschrift enthalten sind. In dieser Denkschrift wird Herrn Drenzig der Vorwurf gemacht, daß er von der Deutschen Mittelstandsbank, dem Bankinstitut der Partei im Jahre 1928 aus Wohlfühlern Aktien im Betrage von 100.000 Mark für eigene Zwecke gekauft habe. Als dann dieser Betrag für die Partei fehlte, habe Drenzig die Aktien wieder bei der Bank begeben; die Bank sei dadurch in die Abhängigkeit ihres eigenen Bankinstituts geraten. Weiter habe es auch bei den Mitgliedern der Mittelstandsbank gegeben. Weiter wird behauptet, daß ihnen von der Bank Aktien zum Nennwert von 103 Prozent aufgedrückt worden seien, die jetzt 22-25 Prozent im Kurse stünden und unverkäuflich seien. Weiter bemängelt die Denkschrift, daß die Bank der Mittelstandsbank von den kleinen Geschäftsleuten 16-20 Prozent Zinsen pro Jahr für Kredite verlange. Drenzig wird vorgeworfen, daß er Parteimitglieder in Höhe von 13.000 Mark zum Bau und zur Gründung seiner Villa in Magdaburg verwendet habe, ohne die Zustimmung der Parteiführung eingeholt zu haben. Bisher sei von diesem Darlehen aus der Parteikasse noch kein Pfennig zurückgezahlt worden.

Ein weiterer Fall in der Denkschrift Colossers bezieht sich darauf, daß Drenzig seinem Schwiegervater W. in Streben einen Kredit von 30-40.000 Mark bei der Mittelstandsbank verschafft habe. Das Grundkapital, auf das diese Forderung eingetragene worden sei, sei zum Zweck der Verschaffung dieses Kredits zum größten Teil verloren gegangen. Auch durch ein anderes Kreditgeschäft sei die Mittelstandsbank erheblich beeinträchtigt worden. Ferner wird Drenzig von anderer Seite vorgeworfen, daß er in seinem Ehegattungsprozeß die Vollstreckung von Geldforderungen dadurch abzumindern versucht habe, daß er sein eigenes Vermögen der Mittelstandsbank übertrage. Als aber bereits Forderungen der Mittelstandsbank vorliegen, soll er dann verfuhr haben, einen Angehörigen der Bank zur Vordatierung des Übertragungsvertrages zu bewegen. Als dieser Angehörige sich geweigert habe, habe Drenzig ihn aus dem Betriebe hinausgejagt.

In der Denkschrift wird auch behauptet, daß Drenzig beträchtliche Gelder, die der Partei anlässlich der hiesigen Bundestagung im Jahre 1929 zugewiesen seien, für sich persönlich als „Leihgeld“ für seine Mitarbeiter in „Einfachheit“ einbehalten habe, ohne sie durch die Parteikasse geben zu lassen.

Das sind fleißige Dinge, die sich besonders bei den Sittenrichtern der Wirtschaftspartei nett ausnehmen.

Herr Drenzig bestritt

natürlich die Richtigkeit der Angriffe des Herrn Colosser. Da der letztere aber als zweiter Parteivorstandiger wie kaum ein anderer

unterrichtet sein dürfte, muß man annehmen, daß die Angriffe gegen Herrn Drenzig nicht unbegründet sind. Bei der Gerissenheit des Herrn Drenzig kann man aber heute schon als feststehend betrachten, daß seine „Transaktionen“ ihm noch als besonderes Verdienst angerechnet werden.

Colosser soll fliehen.

Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei, der am Montag in Berlin tagte, befaßte sich wiederum mit dem Konflikt. Als Ergebnis der Verhandlungen wird folgendes mitgeteilt: Der Vorstand der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes befaßte sich nochmals einmündig mit den Angriffen gegen den Parteivorstandenden Drenzig. Es wurde beschlossen, das Parteiführungsgericht anzurufen und bei diesem zu beantragen, das Parteimitglied Colosser und Dannenberg aus der Partei auszuschließen. Weiter soll der Reichsausschuß am 4. Januar nach Berlin einberufen werden. Der Parteivorstand Drenzig soll sich veranlassen, auf Grund der erneut gegen ihn gerichteten Angriffe in der Presse, die der Vorstand nach Prüfung der Parteiführung als völlig unbegründet ansieht, von der Ausübung seines Vorstandsamtes bis zum Spruch des Parteiführungsgerichts Abstand zu nehmen.

Das Parteiführungsgericht wird am gleichen Tage wie der Reichsausschuß, also am 4. Januar, zusammentreten.

Ein Muster-Nazi.

National unzuverlässig.

Dortmund, 29. Dezember. (Eig. Draht). Oberster Sturmsabteilungsleiter der Nazis für Westfalen ist ein gewisser Kohlhörs, der in Dortmund wohnt und dort bis vor kurzem bei den Hochverurteilten gegen ein Monatsgehalt von 300 Mark beschäftigt wurde. Ab 1. Februar soll Kohlhörs als Geschäftsführer eines in Dortmund neu erscheinenden Nazi-Blattes fungieren.

Als Kohlhörs sich kürzlich bei der Dortmunder Polizei um einen Presseausweis bemühte, wurde er wegen nationaler Unzuverlässigkeit abgewiesen. Warum er national unzuverlässig, sozialistischer Streifen nicht jedoch das Gerücht ist, daß Kohlhörs, ein Oberleutnant der deutschen Armee, von 1920 bis 1928 der französischen Fremdenlegation angehört und dort als Offizier deutsche Landeskasse als Vorgesetzter beschäftigt und in der westlichen Weise (spanischer) hat. Wahrscheinlich gibt er der Polizei deshalb als national nicht zuverlässig.

Kohlhörs trat leinseitig in die Fremdenlegation ein, weil er damals, unter dem Verdacht, an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts beteiligt zu sein, verfolgt wurde.

Der Türkenputsch.

1000 Verhaftungen in der Provinz Smyrna.

Konstantinopel, 29. Dezember. (Eig. Draht).

Auf Veranlassung der türkischen Regierung sind in der Provinz Smyrna unter dem Verdacht an einer Verschwörung gegen den Staat beteiligt zu sein, bisher annähernd

1000 Personen verhaftet worden.

Die äußere Veranlassung zu dem Vorgehen der Regierung nach jener Fußfesselung in der kleinasiatischen Stadt Menemen, der mehrere religiösen Fanatikern das Leben kostete. Am Dienstag nachmittags erließen sich morgens kurz nach Sonnenaufgang, als die Bevölkerung von Menemen in der Hauptmoschee der Stadt zum Morgengebete versammelt war, plötzlich 6 Bewaffnete in der Moschee. Der eine von ihnen, ein wegen seines religiösen Fanatismus bekannter Dervisch befiel die Menge, ergreif eine der heiligen grünen Fräusen und ferkerte die Gläubigen auf, den alten Gottesdienst in der Türkei wieder aufzurichten und

die ungläubigen Samanisten mit den Waffen zu bekämpfen. Das Gerücht von dem Auftreten des Dervisches verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Bald versammelte sich eine große Volksmenge vor der Moschee, wo der Dervisch wiederum eine lebendige Ansprache hielt, die ebenfalls mit der Aufforderung zum bewaffneten Aufstand endete. Während ein Teil der Menge für den Fanatismus Partei nahm, wagte ein ablehnender Offizier, für die Reformpolitik der Regierung zu sprechen. Auf einen Wink des Dervisches führten sich dessen Anhänger auf den Offizier, schlugen ihn zu Boden und

schliffen ihm bei lebendigem Leibe den Kopf ab, den sie dann auf die Spitze ihrer grünen Fräusen steckten. Als später eine Abteilung Gendarmarie herandrückte und den Dervisch aufzuforderte, sich zu ergeben, stieg er mit seinen Anhängern auf das Dach der Moschee und eröffnete ein heftiges Gewehrfeuer auf die Polizei. Ihr Kommandant und mehrere Beamte wurden getötet. Erst als die Gendarmarie

Maschinengewehre gegen die Moschee

in Stellung brachte und der Dervisch von einer Kugel getroffen worden war, fand der Zwischenfall sein Ende.

Die Untersuchung des Vorfalles hat ergeben, daß die „Verschwörer von Menemen“ aus der benachbarten Stadt Manissa, dem antiken Magnesia gekommen waren. Ihr Anführer, der Dervisch Ahmed, halte in Manissa eine geheime Seite gegründet, wie sie in den letzten Jahren zu Hunderten überal in der Türkei entstanden sind. Ihre Anhänger geben sich den vornehmen religiösen Lehren des 1925 aufgestellten neuen Dervischordens der Natsch-Bendis hin. Die Seite plante einen großen Aufstand gegen das republikanische Regime. Der Aufstand von Menemen sollte

gewissermaßen die Generalprobe zu diesem Aufstand sein.

Alle Verhafteten befaßten sich vor dem Untersuchungsrichter einer extrem fanatischen Haltung. Sie weigern sich, Aussagen über ihre Mitverschwörer zu machen, wollen alle Torturen erdulden und „zu Ehren Gottes“ auf sich nehmen, lassen den gesandten Dervisch Ahmed für den Mord (den mohammedanischen Meßias) und erklären, daß er bestimmt zum Leben wiederaufzuerstehen werde. Weil endlich, wegen des Mißtrauens in Menemen niedergeblich zu sein, sind alle Geangenen hols auf ihre „Märtyrertum“ und

verurlichen die Richter und Beamten der Republik als „Angeklagte“.

Die Regierung wird den Fußfesselung in Menemen weiterhin zur völligen Vernichtung der Oppositionsbewegung bemühen. Schon hat eine großangelegte Verfolgung aller Gegner der gegenwärtigen Regierung eingeleitet. Es ist aber sehr fraglich, ob durch Härte und Gewalt nicht eine Wiederholung des Fußfesselung von Menemen bewirkt wird. Die Ereignisse von Menemen haben bei den Reaktionären bereits jetzt einen Fanatismus erzeugt, wie man ihn in der Türkei schon lange nicht mehr wahrgenommen hat.

Der Vernunft eine Gasse.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat sich in einem Neujahrsgelächterwort gegen den im deutschen Volk üblichen Hang zur Maßlosigkeit ausgesprochen. Er sagt: „Seid maßvoll und gerecht im Urteil über unsere Nationalpolitische und soziale Lage. Seid keine Romantiker, politische und soziale Romantiker, die die glänzere Zukunft sehen! Seid keine Utopisten, die auf „neue Wege“, „neue Wege“, „zu neuhelmen Glück“ gehen wollen! Seid keine hoffnungslosen Nihilisten! Alle drei: Romantiker, Utopisten und Nihilisten verurteilen sich an Volk und Staat: denn sie wirken nicht, solange es Tag ist, d. h. sie arbeiten nicht in der Gegenwart.“

Diese Mahnung aber geht uns an, was wir ihr leisten, gehört der Zukunft. „Nur wer den Augenblick ergreift, den rechte Mann“. Wer hart, mit voller Hingabe an der Gegenwart arbeitet, der wird auch maßvoll und gerecht im Urteil; wer es weiß, was eine echte Leistung ist, er macht jeden Augenblick von neuem die Erfahrung der Unzulänglichkeit der Menschen gegenüber den Aufgaben, die sie haben — und schließt sich selbst nicht aus. Die Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft richtet sich gegen die Romantiker und die Utopisten. Die Vernunft muß sich durchsetzen gegenüber den organisierten Eklektizismen. Mit Sammern und Geizhalsen, es einzeln oder organisiert aufricht, ist noch niemals ein Gemeinwesen aufgebaut worden.“

Die Mahnung des Reichsarbeitsministers zu einer nüchternen Betrachtung der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und der wirtschaftlichen Vernunft richtet sich gegen die Romantiker und die Utopisten der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, denn beide haben seit Monaten das Menschennagelische getan, um Deutschland vor kapitalistischen Paniklastereien zu schützen und zu bewahren. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind deshalb die Front, gegen die sich in erster Linie der Staat des wilden Haines der Paniklasten, Romantiker, Utopisten und all der politischen Hochstapler und Wegelagerer richtet, die heute bei den Nationalsozialisten, bei den Kommunisten und bei deren heimlichen Bundesgenossen, d. h. bei den Sozialmachern im Unternehmertum und den Elektroaktoren in den bürgerlichen Reichsparteien ihr Unwesen treiben. Ihr Angriff gegen die härteste Gruppe in der Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft, d. h. gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, ist nicht unangebracht, denn das Massenende bracht vielen, von der Vor gerührten Menschen, die niedrige, falsche Ueberzeugung zu rauben.

Das einfachste Mittel, um die gutgläubigen Nachbater nationalsozialistischer und kommunistischer Pfaffen zu kurieren wäre überlich ein nationalsozialistisches Regierungsexperiment. Doch das politisch scharf rechts eingestellte Unternehmertum ein solches Experiment gerne sehen, zeigt eine Unklarheit der rechtslebenden Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Was hatten Sie von einem Regierungsexperiment? Sie, die an den früheren Reichspräsidenten Schöndt, an den Generalobersten a. D. v. Seekt und ähnlich große Politiker gerichtet worden ist. Erfahrung ist gewiß immer noch die beste Wissenschaft, sie ist aber auch die teuerste. Hat schon viele Leute sehr klug, aber zugleich auch sehr arm gemacht. Sie würde es auch dem deutschen Volk gehen, wenn es ein Regierungsexperiment mit Herrn Hitler riskierte. Die Speien dieses Experimentes sind zu groß. Wir können uns den Speien dieses Experimentes einfach nicht leisten. Wer sollte denn die Speien nationalsozialistischer Experimente? Doch nur die breiten Massen. Das Beispiel der Ruhrbesetzung hat es schmerzlich genug bewiesen. Die Ruhrbesetzung war nichts anderes als ein Versuch, den nationalsozialistischen Großmächtern ihren Willen zu tun und einmal in der Reparationsfrage den Herren Mann zu spielen und kein zu sagen. Nachdem die paar Groschen der kleinen Leute durch die überliche Ansetzung reiflos zum Laufel gegeben waren, durfte Streikern mit Unterfütterung der Sozialdemokratie wieder die Posten der Verblüdung probieren und den Weg nach Occarno antreten. Wichtig würde ein neues Experiment der nationalsozialistischen Massenbesetzung aussehen; denn Hitler kann ja nicht einfach als Regierungsmann nur seine paar sozialistischen Propagandaarbeiten abschreiben und dann einfach hilt halten. Er muß, ob er will oder nicht, etwas probieren? Denn er hat den Massen zu viel vorgelesen.

Schade, daß eine Hitler-Regierung uns zu teuer zu stehen kommt. Sie wäre der beste Schritt für einen neuen Aufstieg der Sozialdemokratie. Mancher Arbeiter würde, wenn die Sozialisten regierten, schnell dahinter kommen, was es bisher an der Sozialdemokratie und an den Gewerkschaften hatte. Er würde bald merken, daß und warum in Deutschland, d. h. in einem Land, das den größten aller Verlege verloren hat, für den Proleten immer noch ein bißchen besser gefordert ist als bei den Kapitalisten Amerikas oder bei den Kommunisten Sowjetlands, deren Arbeiter, wenn sie könnten, auf den Knien nach Deutschland zu den Bonzen rufen würden.

Soll dem deutschen Volk das Unglück einer Hitler-Regierung erspart bleiben, soll, wie der Reichsarbeitsminister es fordert — die Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft ihre schmerzhafte Aufgabe forschen, dann muß aber auch die Reichsregierung sich etwas anders einfallen. Ihr Nationalsozialismus experiment zu dem Beispiel hat mit wirtschaftlicher Vernunft doch recht wenig zu tun. Etwas Emscherforderung würde auch der Regierung Bräunung in der Neujahrstnacht eines unglücklichen Volkes nicht schaden.

Sklaverei statt Sozialismus.

Die Folge des Staatskapitalismus im Sowjetparadies.

Die Sowjetregierung hat neue Verordnungen über Arbeitsdisziplin in den Sowjetfabriken veröffentlicht, die den letzten Rest von Arbeiterrechten und Arbeiterfreiheit in Sowjetfabriken beseitigen. Arbeiter, die die Disziplin verletzen, können freigesprochen werden, sie werden auf eine schwere Strafe gesetzt und werden ein Jahr lang in den Gulag interniert. Sie können außerdem wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin strafrechtlich verfolgt werden. Welch ein Vorbild für alle Schamacher! Arbeiter, deren Produkt untauglich ist, können ihres Arbeitsplatzes auf Lohnzahlung verlustig erklärt werden, sie können außerdem zur Spargenerleistung bis zu einem Betrage von 50 Rubeln angehalten werden.

Die Arbeiter in Sowjetfabriken sind nur noch „Hände“, wie es in der Sprache des Sowjetkapitalismus heißt. Das Wort „Freiheit“ erfährt nicht mehr im Wörterbuch der herrschenden Kommunistischen Partei. Es war einst das Ideal der Revolutionäre, die für die Befreiung der Völker von der Knechtschaft der Ausbeuter und der Arbeitermassen von der politischen Unfreiheit des absolutistischen Jarentums kämpfte. Freiheit war das Ideal der russischen wie der westeuropäischen kämpfenden Arbeiterklasse. Der herrschende Kommunismus hat das Ideal in den Staub getreten. Keine Freiheit unter dem Joch des Kommunismus, keine Freiheit unter dem Absolutismus des Stalin'schen Regimes!

Man sage nicht, daß der russische Kommunismus trotz allem die Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus befreit habe. Das System, das heute in Rußland herrscht, ist der jämmerlichste und brutalste Staatskapitalismus, der das ganze Welt unterjocht und in finstere politische, soziale und geistige Unfreiheit hält.

Die Arbeiterklasse ist in Rußland nichts weniger als herrschende Klasse. Diese Illusion ist längst verloren. Als die Bauern durch den Fünfpfennigplan verarmt wurden, ist diese Illusion zum letzten Male aufgeklammert. Leber der Bauernschaft schlang die Knechtschaft. Sie wurde von der Scholle vertrieben, und in die Kolkhozen hineingepreßt. An die Stelle der Knechtschaft der Bauern trat das Joch des Kollektivismus. Der Arbeiter aus der Fabrik wurde als Werkzeug der Unterdrückung an die Dreifront kommandiert.

Die Bauernschaft ist unterdrückt und nun selbst das Epitome der Unfreiheit selber auf der industriellen Arbeiterklasse. Die Knechtschaft der Arbeiter und der Bauern ist wiederhergestellt, aber es ist die Einheitsfront des Duldens, der Unterdrückung, der Unfreiheit, es ist die Einheit und die Brüderlichkeit von Staatsknechten.

Wer vom Dorf in die Stadt flüchtet, fällt aus dem einen Unterdrückungssystem in das andere. Die Arbeitslosigkeit ist abgegarbt — das heißt, es wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt. Wirklich Arbeitslose interessieren den Wächter des Sowjetkollektivismus nicht mehr. Sie können am Weg verenden!

Einzig für Glück hindern von der russischen Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Kommunismus die Rechte abgefallen, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt seit den Zeiten des ungeheuersten Kapitalismus erstritten hat. Alles was im hochentwickeltesten Kapitalismus Ergebnis des Generationen hindurch während der Freiheitskämpfe der Arbeiterklasse ist, was als Brücke vom Kapitalismus in eine künftige bessere Gesellschaftsordnung geschlagen worden ist, das wird vom neuen russischen Absolutismus Stück für Stück vernichtet.

Das große Experiment der Sprung vom Feudalismus in den Sozialismus über das kapitalistische Zeitalter und seine Entladung hinweg hat in Sowjetrußland in einem Staatskapitalismus früher Prüfung genossen. Der russische Arbeiter von heute ist so unfrei wie der westeuropäische Arbeiter vor hundert Jahren. Der westeuropäische Kapitalismus hat in seinen hemmungslosen Jünglingsjahren ein Heer von Proletariaten herangezogen, von Nichts-als-Händen, mit brutalen Verarmungsmethoden, mit maßlosen Hunger und Genuß und höchster Unfreiheit. Am Beginn der Geschichte der Arbeiterklasse steht ihre furchtbare Arbeitszeit. Der Weg von diesen Anfängen bis auf den heutigen Tag aber war ein Weg der Befreiung, ein Weg zu menschenwürdigeren Zuständen im Politischen, im Sozialen und im Geistlichen.

In Sowjetrußland hat die Geschichte der Arbeiterklasse die Begründung verändert. Sie geht zurück in die Knechtschaft. Das große russische Volk steht heute unter der Herrschaft des Stalinismus ein grandioses Gemälde der Unfreiheit, das nur vergleichbar ist mit der Unfreiheit und dem Genuß der Arbeiterklasse jure des Kapitalismus manchesterlicher Regierung. Hier kommt nicht der kapitalistische Unternehmer seine Geißel, noch aber ein brutales, absolutistisches Herrschaftssystem allseitiger Prägung! Hier sind die Arbeiter „Hände“ wie in der Zeit des Sowjetkapitalismus und Leibeigene zugleich wie in der Feudalzeit. Hier ist die Leibeigenschaft auf dem Lande wiedergeteilt. Hier herrscht nicht nur die brutale soziale und wirtschaftliche Unterdrückung, sondern zugleich die schlimmste Geistesdummheit!

Wie eine finstere Wolke liegt der Druck der Unfreiheit über dem russischen Volk. Die Herrschaft des Kommunismus bedeutet den Tod der Freiheit!

Arbeiterfeindliche Nazis.

Braunschweig, 20. Dezember. (Fig. Draht.) Am Braunschweig in der Nacht haben die Nationalsozialisten wieder einmal bewiesen, daß sie nicht daran denken, die Interessen der Arbeiterklasse nachzugeben. Nachdem erst kürzlich die Konsumvereine des Landes Braunschweig mit der Gewerbesteuer beauftragt worden sind, haben die Nationalsozialisten am Montag in Gemeinschaft mit den Vertretern des Bürgermeisters eine Warenhäuserbeschlusse beschlossen, die auch von den Konsumvereinen gebilligt werden muß. Konsumvereine und Warenhäuser werden durch diese Steuer mit einem weiteren Zuschlag von 300 Prozent zur staatlichen Gewerbesteuer belastet. Die Warenhäuser wurden ebenfalls um 100 Prozent erhöht. Als die Vertreter der Sozialdemokratie darauf hinwiesen, daß man mit dieser neuen Sondersteuer für Konsumvereine wieder einmal die Verbraucher, also die Arbeiter belaste, antwortete der Führer der Nazis: „Dann mögen die Arbeiter anderswo kaufen.“

Der Vertreter der Jungbauern und die Vertreter des Bürgermeisters folgten aus diesem den Nationalsozialisten und stimmten geschlossen für die neue Besteuerung der Konsumvereine.

Die Warenhäuser verklagen Thüringen.

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser hat gegen den Staat Thüringen, wo auf Verleihen der Nationalsozialisten hinsichtlich des Warenhauses ein Sonderzuschlag zur Gewerbesteuer für die Warenhäuser beschlossen wurde, eine Verarmungsfrage eingereicht. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser vertritt die Meinung, daß eine derartige Sondersteuer mit den Reichsgesetzen nicht zu vereinbaren ist. Wahrscheinlich wird gegen Braunschweig eine ähnliche Klage erhoben werden.

Preußen als Absp. republikanischer Beamter. Der von dem Reichsminister und Thüringischer Innenminister Feld gemachte Thüringische Polizeihauptmann Schüler ist von den preussischen Polizei als Polizeihauptmann übernommen worden.

Staatskommissar für Gleise. Die als Nachtragstatute von der Staatsverwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer sowie eine 2proz. Mehrerhöhung wurde abgelehnt. Damit ist die Bestellung eines Staatskommissars unmöglich geworden. Dem Antrag der Staatsverwaltung auf teilweise Stilllegung der Straßbahn wurde aus Gruppensgründen zugestimmt.

Ein englischer Arbeiterführer wird Korb. Eine englische Zeitung berichtet, daß der langjährige Führer der englischen Arbeiter, der 75jährige John Dobbie, bei den diesjährigen Neuwahlausweisungen Verb. werden soll. Der Zweck dieser Ernennung ist, in das reaktionäre Oberhaus Wertsche zu legen.

Gewerkschaftliches.

140 000 Eisenbahner in Kündigung.

Der Einheitsverband protestiert gegen diese Eigenmächtigkeit.

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat den Tarifverträgen und Bahnunterhaltungsarbeitern (rund 140 000), nachdem in dem Streit um Arbeitszeit und Feierlichkeiten eine Einigung nicht zustande gekommen ist, den Einzelarbeitsvertrag gekündigt. Damit verlor sie den Zweck, einen neuen Einzelarbeitsvertrag abzuschließen, der von den tarifvertragsfähigen Normaltarifbestimmungen abwich. Die Eisenbahner gehen diese ihnen unter dem Druck des Einheitsverbandes aufgedrängte Kündigung des Einzelarbeitsvertrages, die nach der Tarifvertragsordnung rechtsunwirksam ist, selbstverständlich ohne Bedenken an, da damit der Streit ja nicht zu Ende ist.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband, d. h. die Tarifkontrahenten, haben am Montag im Anschluß an die Kündigung der Hauptverwaltung folgendes Schreiben angedrückt:

Die vertragschließenden Organisationen haben von der Anordnung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, betreffend Einlegung von Feierlichkeiten in dem RAB, und der Bahnunterhaltung durch Verfügung 51. 533 B. L. t. vom 18. 12. 30, Kenntnis genommen. Durch diese Anordnung wird in offenkundiger Verdrängung zu § 28, Ziffer 1 ZEB, der § 8, Ziffer 1 ZEB, von der Deutschen Reichsbahngesellschaft eigenmächtig aufgedrängt. Der Vertrag dokumentiert die Hauptverwaltung, daß sie die vertraglich übernommenen Verpflichtungen ihrer Arbeiterklasse gegenüber nicht einhalten will. Unter dem Druck der Kündigung soll dem einzelnen Arbeiter ein Arbeitsvertrag aufgezungen werden, der von den tarifvertraglichen Bestimmungen abweicht.

Die untergeordneten Organisationen betonen erneut, daß sie bereit sind, die veränderten Verhältnisse in der Reichsbahn zu tragen. Sie legen jedoch gegen ein solch mißrätliches Vorgehen der Verwaltung scharfe Proteste ein und werden nicht unversucht sein, um die Hauptverwaltung zur Einhaltung ihres abgebrochenen Vertrages zu zwingen.

Die Katastrophe am Baumarkt.

Der Deutsche Bauergewerksbund gibt für den Monat November folgenden Bericht über den Baumarkt: Die weitestgehende Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse hat im Berichtsmontat angehalten. Die Arbeitslosigkeit ist auf 42,47 Prozent zu Ende Oktober auf 50,03 Prozent zu Ende November gestiegen und hat damit eine Höhe erreicht, die mehr als doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Außerdem wurde das platte Land stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Städte, die Arbeitslosigkeit betraf sich hier auf 45,9 Prozent, dort auf 55,1 Prozent.

Der Beschäftigungsstand hielt sich Ende November um etwa 35 Prozent unter dem des Vorjahres und um eine noch größere Spanne unter dem des Jahres 1928. Er ist weitaus niedriger als in irgendeinem anderen Jahre seit der Stabilisierung. Die Beschäftigungsverhältnisse haben sich nicht überall gleichmäßig gelockert. Am schlechtesten ist die Lage in Thüringen, wo dieser außerordentlichste Arbeitslosigkeit mit 64,3 Prozent nahe; entsprechend ist dabei, daß Thüringen noch nicht 5 Prozent des Hausbauaufkommens für den Wohnungsbau veranlagt hat. Die anderen Bezirke halten sich dicht am Reichsdurchschnitt, mit Ausnahme der nördlichen Weiler- und Elbegebiete, wo die Arbeitslosigkeit noch unter 40 Prozent liegt.

Durch die mäßige Genesung im November hat sich der ohnehin schon überaus beträchtliche Ausfall an Bauvolumen wiederum vergrößert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich ein Rückgang von mehr als 26 Prozent eingestellt. Gegenüber dem durch Witterungsverhältnisse weniger beeinflussten Jahre 1928 um 32 Prozent. Dem entspricht ein Ausfall an Umsatz von gut zwei Milliarden Reichsmark und ein Entgang an Lohn von 600 bis 700 Millionen Reichsmark.

Kriegsopfer und Kriegsfilm.

Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten.

Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstalteten am Montagabend in Berlin eine Protestkundgebung gegen das Verbot des Remarque-Films. Die Kundgebung, die sehr stark besucht war, erzielte mit der Annahme folgender Entschlossenheit:

„Die am 29. Dezember 1930 in dem überfüllten Kongresssaal in Berlin verhandelten Frontkämpfer- und Kriegshinterbliebenenprotesten schließens gegen das Ausführungsverbot des Remarque-Films „Am Westen nichts Neues“ durch die Film-Oberräte. Durch den Film ist das deutsche Volk im Auslande nicht gefördert worden, sondern durch das Verbot. Bedeutet es doch nur ein Zurückweichen vor einer Ideologie, die mit eigenen Kriegserlebnissen nicht verbunden ist, ein Zurückweichen vor Straßenräubertrug und unheimlicher, nicht auf die Feinde, sondern aus Liebe zu unserm Land und zu unserm Volk und aus der Erkenntnis heraus, daß der nicht kulturelle, moralische Werte schafft, sondern vernichtet, sind wir Frontkämpfer Gegner des Krieges. Selbst deutscher Jugend zu dieser Erkenntnis. Heraus mit dem Film „Am Westen nichts Neues.“

Unbiederung bei den Nazis.

Unfragen gehören an den Weihnachtsbaum des deutschen Zeitungslesers. „Was halten Sie von einer Regierungsabteilung Sillers?“ hieß diesmal die Frage der „D. A. Z.“ Nur vier Antworten werden der Veröffentlichung wert befunden. „Lieber Fried als Wirth“, das kommt nicht unermartet aus dem Munde des deutschen Nationalen Kammerherren von Oldenburg-Saunhausen. „Zu früh!“ antwortet ein Hofstadter Professor, weil sonst der Nationalsozialismus aufhöre, eine Bewegung zu sein und zur Partei werde. Dr. Hjalmar Sächs, pensionierter Reichsbaupräsident, zitiert sich selbst: „Wenn es unmöglich ist, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, dann ist es auch unmöglich, gegen die ebenso fast extreme Rechte zu regieren.“ Mit einem „uneingeschränkten Ja“ beantwortet Generaloberst von Seedt, MDR, die Frage nach Sillers Regierungsabteilung.

Diese Unbiederung, welche die Nazis geradezu großmänniglich machen muß, veranlaßt den „Wöllfchen Beobachter“ zu einer Antwort, die den Herren zu ginnen ist. Sillers Zeitungsartikel Rosenberger erklärte, für die Zukunft sei nicht mehr zur Debatte, ob man Hitler an einer Regierung beteiligen werde, sondern für die Nationalsozialistische Partei laute die Frage nur, mit wem Hitler einfliegen werde. Eine Koalition in dem gegenwärtigen Reichstag kommt für die Nationalsozialisten nicht mehr in Frage, nachdem die Partei weiterhin im Aufstieg begriffen sei. „Wir fordern deshalb als erste Tat des Jahres 1931 die Auflösung des Reichstages und des Preussischen Landtages.“

Hofenberg, der Reichstagsmitglied aus Bielefeld, der sein Deutschland erst lange nach dem Kriege erndet hat, stimmt schließlich an, daß die Nazis den nächsten politischen Sturm nach Rückkehr des Außenministers Curtius aus Genf entfachen werden.

Der Zustand Joffres.

Paris, 20. Dezember. (EF) Am Befinden Joffres ist über Nacht eine überraschende Wendung eingetreten. Am Montag um 23 Uhr hatten die Ärzte erklärt, daß der Zustand des Arztes immer beängstigender Formen annehme und die Rettung fast ausgeschlossen sei. Doch heute jedoch immer noch überlebend. Um 2 Uhr teilte ein weiteres Kommunikate der Ärzte mit, daß der Kranke wieder alles Erwarteten aus seiner irdischen Bewußtlosigkeit erwacht ist. Er habe ein Glas Wasser verlangt und einige Nahrung zu sich genommen. Darauf habe er sich bei hartem Bemühen kurze Zeit mit seinen Beinen unterhalten. Der Zustand des Kranken sei jedoch noch nicht ernst. Am Dienstag morgen um 11 Uhr wurde berichtet, daß der Zustand des Kranken nach einigen Stunden erholenden Schlafes wieder durchaus normal sei. Der Herzschlag sei ruhig und regelmäßig, der Puls normal. Für den Dienstag vormittag sei keine unangenehme Uebererregung zu beobachten.

Der Pariser Polizeipräsident.



Jean Chiappe.

Der Pariser Polizeipräsident, Jean Chiappe, kam am Montag nach Berlin, um seinem deutschen Kollegen Orgelnitz ein Besuch abzugeben. Chiappe, der früher im französischen Innenministerium tätig war, ist ein warmer Anhänger der deutsch-französischen Verständigung.

Hitler bei der Großindustrie.

Mit Arbeitern hat dieser „Arbeiterführer“ nichts gemein.

Der Papst der Nazis, Adolf Hitler, weilt kürzlich in Dortmund. Das wurde fernerst von der Dortmunder Orchestelung der Nazis entschieden bemerkt. Seit er erwiesen, daß dieses Dementi den Tatsachen nicht entsprach und Hitler während seines dreitägigen Aufenthaltes den westfälischen Industriellen einen Besuch abstattete.

Der Besuch ging in den Räumen des Westfälischen Industrieklubs vor sich, dem fast ausschließlich Vertreter der westfälischen Großindustrie angehören. Vertreter des Bergbauvereins nahmen an den Besprechungen teil. Welcher Art sie waren, läßt ein am 10. Dezember gefalteter Vertrag des Münchener Reichsanwalts Dr. Oskar Jung über „Europäische Verträge zur Rettung der Privatwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung vertraulicher Gespräche mit Mussolini“ erraten. Hitler hat sich ähnlich wie bei den Berliner Bank- und Börsevertretern, auch bei den Kohlenbaronen und Eisenerzindustriellen des Ruhrgebietes angebehalten. Wahrscheinlich um wie dem Generaldirektor der Deutschen Bank von Strauß darzumachen, daß keine Partei mit Sozialismus nichts zu tun hat und den Namen „Arbeiterpartei“ nur zum Zweck des Stimmenganges, trägt. Die Herren des Westfälischen Industrieklubs sollen jedenfalls den Eindruck gehabt haben, daß Hitler im gegebenen Falle auf ihrer Seite und nicht auf der Seite der Arbeiter stehen wird. Wichtig soll es in Hamburg gewesen sein, wo Hitler kürzlich dem „Nationalklub“, ebenfalls eine Vereinigung von Großunternehmern, im Trau seinen Besuch machte.

Davon, daß er sich schon einmal für die Degeneration der Arbeiterbewegung auch nur im geringsten interessiert hätte, hat man bisher nichts gehört. Er ist nur für Großindustrielle und Bankfürsten zugänglich. Und so etwas wird der Führer einer „Arbeiterpartei“ sein? Dieser Schwindel wird von Tag zu Tag offensichtlicher.

Der Auffstand in Burma.

London, 20. Dezember. (Telefon.) Die Leiche des von den Aufständischen in Burma ermordeten Regierungsbeamten Clark ist aufgefunden worden. Man hatte ihr den Kopf abgeschlitten und sie glücklich verstimmt. Sie wurde am Ort und Stelle begraben.

Metall-Schiedsprüche.

Ueberall Lohnabbau.

Breslau, 30. Dezember. (E3) Am Montagabend wurde für die schlesische Metallindustrie ein Schiedspruch gefällt, nach dem die Löhne der Arbeiter im allgemeinen um etwa 4 Proz. die Lohnforderer um etwa 5 Proz. gekürzt werden. Die neuen Sätze sollen für die Zeit vom 2. Januar bis zum 31. Mai 1931 gelten.

Karlsruhe, 30. Dezember. (E3) Ein Schiedspruch für die Metallindustrie der Bezirke Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Seelheim und Freiburg liegt einem Schiedsgericht von 6 bzw. 5 Mitgliedern und einer Ermäßigung der Löhne um die gleichen Prozentsätze vor. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft am 5. Januar ab. Der Spruch soll mit letztwöchentlichem Rückwirkungsfrist bis zum 30. September 1931 gelten.

Mitteldeutsche Metall-Verhandlungen ergebnislos. Die Verhandlungen über den Verband mitteldeutscher Metallindustrie für das Erzgebirge, Saale, Magdeburg und Anhalt gegen den Lohnabbau von 15 Prozent sind, wie vorausgesehen war, am Montag in Halle nach fünfstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Am 6. Januar tritt eine Schlichterkommission zwecks Fällung eines Schiedspruches zusammen.

Aus aller Welt.

Schachmeister Aljechin beinahe verbrannt.



Schachmeister Aljechin.

der sich auf einer Turnierteilnahme in Jugoslawien befand, ist wie durch ein Wunder in Oflag dem Verbrennungstode entgangen. Aljechin war im Hotel eingeschlossen, während er eine Zigarette rauchte. Die brennende Zigarette legte das Bett in Flammen, und nur in letzter Minute konnte Aljechin mit einer schweren Rauchergiftung aus dem brennenden Zimmer gebohrt werden.

1300 Opfer des Merapi. Wie aus Batavia amtlich gemeldet wird, betrug die Gesamtzahl der durch den letzten großen Ausbruch des Merapi getöteten Personen 1300. Das ganze Gebiet in der Nähe des Vulkans ist geräumt. In den mittelmässigen Städten sind bisher 25 000 Flüchtlinge untergebracht worden. Der Vulkan ist noch in Tätigkeit.

Höllennachschiffe explodiert. In der Nacht zum Montag gegen vier Uhr wurde von unbekanntem Täter in einem Boot von Nizza eine Höllennachschiff zur Explosion gebracht. Die Schauerentladung eines Schmutzwasserschiffes wurden durch die Explosion vollkommen getrimmert. Gestohlen wurde von dem Schmutzwasserschiff nichts.

Explosion während der ärztlichen Behandlung des Staatssekretärs Pänder. Im Behandlungszimmer des Sanitätsrates Dr. Ernst Stufsch in Berlin-Dahlem ereignete sich am Montag vorermittelt eine schwere Explosion. Dabei erlitt der Arzt außerordentlich starke Brandverletzungen. Die Feuerwehr hatte nur noch Vorkämpfungsarbeiten zu leisten. Gegen 10 Uhr vormittags war bei Dr. Stufsch der Staatssekretär der Reichsregierung, Dr. Winter, mit seiner Gattin erschienen. Dr. Winter leidet zurzeit an einem Bronchialkatarrh, den Dr. Stufsch behandelt. Als Staatssekretär Winter bereits auf dem Behandlungstisch Platz genommen hatte, machte der Sanitätsrat eine ungeschickte Bewegung, die ein Ueberfließen von der Wunde der Spirituslampe zu Fall brachte. Der Leichter kammer sofort lichterloh, und die Flamme griff auf den weichen Arztstuhl über, so daß auch der Staatssekretär, Dr. Winter, in der lebenden Feuerflamme glück. Staatssekretär Winter und dessen Frau leisteten dem verunglückten Arzt die erste Hilfe und sorgten später auch für dessen Ueberführung in das Krankenhaus.

Der Bantraub in Köln. Am Montag gegen 19 Uhr ist ein der Kriminalpolizei bekannter Autodieb festgenommen worden. Da er im Verdacht stand, an dem Ueberfall auf die Filiale des Schaffhausenischen Bankvereins in Köln-Uindahl beteiligt gewesen zu sein, er stellte seine Beteiligung an dem Ueberfall im Arrest, räumte jedoch ein, gegen Zahlung einer erheblichen Geldsumme für die Verbrecher am Sonntagabend einen Personentransportwagen gestohlen zu haben, mit dem der Raub ausgeführt wurde. Im Besitz des festgenommenen wurden etwas über 700 Mark aus dem Raub sowie eine geladene Pistole vorgefunden.

Kommunisten beklagen den Mainzer Bischof. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde der Mainzer Bischof Dr. Maria Hugo nach der Heimkehr von der Weimarer Konferenz von Kommunisten beklagt. Ein in seiner Begleitung befindlicher junger Geistlicher konnte die Anreger vom Bischof fernhalten. Auf Hilfe suchten die Kommunisten das Weite. Der Mainzer Bischof hat in den letzten Tagen eine Reihe von Drohbriefen erhalten, so an einem Tage über 50 Briefe. Der Wortfall beschäftigt die Postgebehörden.

Start der Weltumrundung? Unter Leitung des amerikanischen Physikers Dr. L. J. Spang ist am 10. Januar von Montevideo (Uruguay) (Nordatlantik) aus der erste Start der Weltumrundung stattfinden. Man rechnet damit, daß die mit einem Ortoplast, mit Thermometern und Seidendruckapparaten ausgerüstete Rakete eine Höhe von etwa 70 Kilometern erreichen wird. Financier der aventurellen Unternehmung, an deren Bewilligung auch ein junger Wiener Gelehrter namens Dr. Peter mitbeteiligt ist, Dr. L. J. Spang selbst, ein schwerreicher Amerikaner, der von seiner Arbeit behauptet, daß sie in erfolgversprechender Weise eine Synthese der Erfahrungen Balloons und Strahl von Drais bildet.

Der Arzt als Blutpender. Der römische Chirurg Prof. Clappotto hatte an einer jungen Frau eine schwere Unterleibsoperation ausgeführt, als plötzlich innere Blutungen auftraten. Die Patientin schrie in äußerster Lebensgefahr, eine sofortige Bluttransfusion konnte sie von dem fährlichen Tode retten. Niemand von den Blutpendern gehörte jedoch zu der Blutgruppe der Geschädigten außer der Professor selbst. Nach entschlossen haben er die Lebertragung seines eigenen Blutes vor und demohrte so die Patientin vor dem sicheren Tod.

Verschwörungertum in Indien.

Der Ausgang eines Strafprozesses gegen indische Terroristen.

Kalkutta, 29. Dez. (Eig. Ber.) Vor einem Spezialgericht ist hier dieser Tage ein Prozeß zu Ende gegangen, der in der Geschichte der indischen Freiheitsbewegung seinen besonderen Platz einnehmen wird. Seit der hitlerischen Bombenaffäre von Alipur im Jahre 1908 hat sich die anglo-indische Justiz mit keiner Verschwörung angelegentlich von einem ähnlichen Ausbruch und von einer ähnlichen Bedeutung zu befähigen gehabt wie mit der Sache Dr. Karan Roy und Genossen. Selbst in einer so aufgelegten Zeit wie der gegenwärtigen, in der politische Prozesse zu den banalen Alltagsigkeiten gehören, hat die Anwesenheit des politisch interessierten Indiens in die größte Erregung verlegt und die Schlüsseltage des mehrere Tage währenden Hauptprozesses war mit allen Feinheiten eines Sensationsstückes gefüllt. Das Gebäude, in dem die Verhandlung stattfand, war durch eine kleine Armee von Polizei und Militär abgesperrt und jedes Mitglied des Tribunals war dauernd von einem Spezialdetachment besonders ausgewählter Detektivs umgeben. Am Tage der Urteilsverkündung war das Gericht von einer riesigen Menge umgeben, die es außerordentlich strengem Spruch der Richter mit Weinen und Schlägen aufnahm.

Auf der Anklagebank saßen 10 indische Intellektuelle im Alter von 19—30 Jahren, während zwei Mitglieder des Komplotts durch das wenig erfreuliche Mittel des Kronzeugens ihre Haut fabrierten. Die Anklage lautete auf unerlaubten Besitz von Waffen und Munition, auf Verschönerung zur Ermordung von Europäern und hohen Polizeibeamten wie auf Verleumdung der Regierung von Polizeigenerationen, Gas- und Elektrikalkatzen. Es wurde den Angeklagten ferner zur Last gelegt, zwei Mitglieder einen Anschlag auf den Generalgouverneur von Bengalen gedungen (wie Bomben in öffentliche Anlagen geworfen zu haben). Die psychologischen Beweggründe des Falls liegen sehr klar. Auch hier wiederholte sich die alte Geschichte von Torheiten aufge-

regter Hühner, denen der politische Kampf nicht schnell genug geht und die glauben, daß sie den Gang der Ereignisse durch Terrorakte vorwärts treiben können. Wie weit sich in der Anklagegeschichte Wahrheit und Spiegelbildlichkeit mischen, ist schwer zu sagen. Auch die indische Freiheitsbewegung hat wie jede von oben her unterdrückte Freiheitsbewegung ihren Freiheitskämpfern in der ersten berückelnden Zustände, die sich um kein Haar von denen in der russischen zur Zeit des Zarismus unterscheiden. Jüdischen Fanatiker und Provokatoren legt eben nur immer ein kleiner Schritt. Der Nachweis, ob und wieviel in diesem besonderen Falle bestellte Arbeit im Spiele war, hat sich nicht erörtern lassen, weil die strengste Zensur keine kritische Beleuchtung in der Presse verbot. Die beiden Hauptangeklagten, zwei Kalkuttaner Ärzte, Karan Chandra Roy und Shyam Chandra Bose müssen ihre Verschönerungspredigt mit manigfaltiger Verbannung büßen, da sie die geistigen Führer des Komplotts gewesen sind und die Herstellung der Bomben in dem Roy gehörigen Laboratorium erfolgt ist. Den übrigen Angeklagten wurde Zwangsarbeit von 15 bis 20 Jahren aufbewahrt.

Prozesse ähnlichen Charakters (steppen sich, wie der Versuchverbrecher von Meerut schon seit Monaten andere werden in kurzer Zeit folgen, denn der Terror hat sich leider zu einem integrierenden Bestandteil der indischen Politik entwickelt. Es ist verständlich, daß sich die anglo-indische Regierung zu schämen muß, aber die Frage bleibt offen, wer in dieser Auseinandersetzung zwischen Staatsautorität und den Mächten der Idee auf die Dauer Sieger bleiben wird. So lange die Gemüter derart erregt sind, wie das hier der Fall ist, werden sich stets fanatische Kräfte finden, die das Schicksal nach der Mordtat erfinden, denn muß sich durch das Bluten der Justiz auf der einen und dem der Anklage auf der anderen Seite eine unabsehbare Reihe neuer Verschönerungssätze entwickeln.

Eine Selbstbahn auf dem Dachstein. Die österreichische Heeresverwaltung errichtet auf einem Teil des Dachsteinplateaus einen Hochgebirgsschießplatz für das Bundesheer. In Verbindung mit diesen Arbeiten, die im Sommer aufgenommen wurden, mußte von Obertraun aus zur Kruppenalpe eine Schwebebahn gebaut werden, die nicht nur die Baumaterialien, sondern auch die Verpflegungsmittel aufzubehalten hat. Der Bau der Schwebebahn ist nun so weit bergestellt, daß dieser Tage die ersten Probefahrten durchgeführt werden konnten, die vollkommen befriedigend ausfielen. Die Bahn befördert innerhalb einer halben Stunde 500 Kilogramm Nutzlast auf Obertraun aus der Kruppenalpe. Der Weiterbau der Schwebebahn von der Kruppenalpe bis zur Gmundalpe soll im kommenden Jahr erfolgen.

Wilderer in Holzschiff erschossen. In der Nähe von Neuzigheim (Kommern) kam es zwischen einem Revierförster und zwei Wilderern, die sich gegenseitig Revolver zum Abschließen zu trieben, zu einem Feuergefecht, das von den Wilderern eröffnet worden war. Der eine der Wilderer, der Arbeiter Ouh aus Köstlin, kam tödlich getroffen zu Boden.

Ausgehobene Schwarzwälder. Die Kölner Kriminalpolizei besetzte in einem Kölner Vorort eine auf einer schiefen Schwarzwälderstraße, die unter der Leitung eines Wirtshafts untergebracht war. Der Besitzer der Gastwirtschaft, sein Sohn und ein Verwandter wurden verhaftet. Der größte Teil des Braumehls wurde nach Holland ausgeführt. Auch in Köln und Umgebung wurden große Mengen abgeführt. Der Rest der Beteiligten scheint sich noch zu erwehren; es sollen auch Verschönerungen von den Schwarzwäldern vorgenommen worden sein.

Ein berühmter Physiker gestorben.



Prof. Dr. Eugen Goldstein.

dessen Entdeckungen auf dem Gebiet der elektrischen Strahlungen und der Spektralanalyse für die moderne Physik beherrschend gewirkt haben, ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Prof. Goldstein war seit 1888 als Physiker an der Sternwarte Berlin-Babelsberg tätig.

Todesfahrt eines Stillehrers. Auf einer Stillehrer zwischen Schifferhaus und Hampden (Niedersachsen) fuhr der Berliner Gewerbedirektor Raiba, der einen Stillehrer leitete, gegen eine Wartungsstange. Die Stange brach, drang dem Stillehrer in den Kopf und verletzte ihn tödlich.

Gefängnis in Brand. Im dänischen Landesgefängnis auf der Festung Alersborg wurde ein Großfeuer aus. Als die mehr als hundert Gefangenen, meist Mörder und Schwerverbrecher, aus ihren Zellen geführt wurden, unternahm sie unter Bedrohung des Wachpersonals einen Aufstandsvorstoß, der aber durch herbeieilende Soldaten und Polizisten rasch beendet wurde. Nachdem das Feuer gelöscht war, ließen sich die Gefangenen ruhig abführen.

Der Papst will fliehen. Der Papst, der offenbar für den Vatikanstaat eine eigene Luftflotte anschaffen will, ließ aufgrund der Entwürfe des päpstlichen Mathematikers Vater Pio Scattizzi, zwei Sehraubenflugzeuge bestellen. Man entschloß sich zur Waf dieser Maschinen, die ohne Anlaufschwierigkeiten auf dem Territorium des Vatikanstaates an sich zur Anlage eines Flugplatzes zu klein ist. Scattizzi soll „Doktor“ der päpstlichen Luftflotte werden.

Von Eingeborenen verurteilt? Das auf der Sibamerita-Linie verkehrende japanische Postschiff ist auf der Straße zwischen Oatar und Kap Zubi (Nordafrika) im Aufstausgebiet zur Notlandung gezwungen worden. Die Insassen, unter denen sich der japanische Konsul von Yes befindet, wurden außerordentlich von den Eingeborenen gefangen genommen. Trotz intensiver Rettungsversuche gelang es bisher nicht, eine Spur des vermissten Apparates und seiner Insassen aufzufinden.

Letzte Nachrichten

(Eigene Kunst- und Stadtbilder.)

Die täglichen Ausgehungen in Berlin.

Berlin, 30. Dezember. (E3) Am Montagabend kam es in Berlin in der Gegend des Gürtler Bahnhofs zu schweren politischen Ausschreitungen. In einem Lokal der Wiener Straße fanden Nationalsozialistischen Nachbarn. Richtig wurden von der Straße für die Scherben mit Steinen eingeworfen und gleich darauf etwa 10 Schiffe in das Amere des Lokals abgegeben. Darauf wurde jedoch niemand. Die Polizei kam am Tatort einen der Täter fest. Auf dem Wege nach dem Polizeirevier folgten den Beamten, die den Arrestanten abführten, Menschen, die wiederholt den Versuch machten, den Häftling zu entlassen. Der Beamte wurde durch das Schießen auf die Beamten abgegeben. Einer der Beamten erlitt eine schwere Beinverletzung. Über den Schuß ab gegeben hatte, konnte nicht festgestellt werden, da die Menge richtig auseinanderlief.

Angriff auf die Legalarbeiterelbne in Württemberg.

Stuttgart, 30. Dezember. (Eig. Funkn.). Der Arbeitgeberverband der württembergischen Legalarbeiter hat beschlossen, am 12. Januar die bisher bezahlten Löhne um durchschnittlich 10 Prozent zu kürzen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich mit der Kürzung nicht einverstanden erklären, haben sich nach einem Anschlag der Firmen als gefällig zu betragen. Seit April 1929 besteht in der württembergischen Legalarbeiter ein tariflicher Zustand.

Die Verhandlungen im Ruhrgebiet.

Eifen, 30. Dezember. (Eig. Funkn.). Die am Montag vormittag begemmene Verhandlungen über die Neuregelung des Kohlentarifs für den Ruhrbergbau sind in später Abendstunden abgebrochen und auf Dienstag verlegt worden. Die Beschäftigten forderten im Verlauf der Verhandlung eine 12prozentige Lohnverminderung. Die Vertreter der Gewerkschaften legten übereinstimmend dar, daß eine Lohnsenkung für die Arbeiterhaft nicht tragbar und für die Begeben bei der gegenwärtigen Untertariffbasis nicht erforderlich sei.

Die Kommunalsozialisten.

Helios, 30. Dezember. (Eig. Funkn.). In einer am Montagabend abgehaltenen kommunalistischen Erntedankfestversammlung, in der der frühere nationalsozialistische Stadterordnete und Hauptgeschäftsführer der nationalsozialistischen „Schwabensozialistischen Tageszeitung“, Bobe Ufe, erschienen war, wurde dieser in der rein kommunalistisch zusammengefassten Erntedankfest gemäßig. Ufe nahm die Wahl an. Es schwebt das Gerücht, daß Ufe beabsichtigt, sich in die kommunalistische Partei aufzunehmen zu lassen. Er gehörte zu jenen Nationalsozialisten, die den Sozialismus in ihrer Partei predigten, dabei aber im Gegensatz steht zu dem Prinzip von Hitler, der beabsichtigt den Sozialismus abgelehrt hat.

Schwere Ueberflutungsgefahr im Osten.

Kraus, 30. Dezember. (Telunion). Wie aus Narva gemeldet wird, ist die Narve in den letzten Tagen bei der Stadt auf 3,15 m über Normen gestiegen. Da der Fluß unterhalb der Stadt auf einer Länge von sechs bis acht Kilometern mit Eis auf dem Grund mit Eis verstopft ist und nur enge Kanäle für das abwärtsfließende Wasser vorhanden sind, droht der Stadt große Ueberflutungsgefahr. Die Bewohner der niedrig gelegenen Ortschaften am Flußufer beginnen bereits ihre Wohnungen zu räumen. Die mit Dynamit vorgenommenen Gelprennungen haben nur wenig genutzt. Die unmittelbare Ursache der Eislastung unterhalb der Stadt ist, daß der Fluß dort früher gefroren war als oberhalb, wo die Wasserfälle und Stromschnellen liegen.

Bisher neun Tote in Algerien geboren.

Paris, 30. Dezember. (Telunion). Zu den Auftragsarbeiten bei der Einflurkatastrophen in Algerien wird gemeldet, daß über neun Todesopfer geboren wurden. Der deutsche General-Konstanz in Algerien, dessen Bilda unmittelbar neben der Einflurkatastrophen, erklärte, er habe den Eindruck gehabt, als ob ein Erdbeben der Katastrophen vorangegangen sei. Im Augenblick des Abflutens der Erdmassen habe er ein unterirdisches Grollen vernommen, das einem Donner sehr ähnlich gewesen sei. Man vermutet, daß noch mindestens 30 Weichen unter den Trümmern liegen.

Großfeuer in einem Hotel. — 6 Tote, 20 Vermisste.

Newport, 30. Dezember. (Telunion). Wie aus Cochrane in Ontario (Kanada) gemeldet wird, brach dort im Queenshotel ein Großfeuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Sechs Personen, darunter der Hotelbesitzer und seine vier Kinder, kamen in den Flammen um. 20 Personen werden außerdem vermisst. Man nimmt an, daß die glücklos verbrannt sind. Der Brand war im Erdgeschoss ausgebrochen, wo der Hotelbesitzer 140 Arbeitslose untergebracht hatte.

WERNIGERODE

Gedenktage. 30. Dezember.

1810 *Dichter Theodor Fontane. — 1839 *Sozialist Julius Fichte. — 1855 *Schriftsteller Heinrich Hart. — 1870 Hofentlassung des Braunschweiger Baronschuldes. — 1914 Volkshilfenhaus in Berlin eröffnet. — 1922 „Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken“ auf russischem Väterkongreß beschloßen.

Krankenscheinegebühr für Arbeitslose und Kranke?

An der „Frankfurter Zeitung“ äußert sich zu dieser Frage ein Arzt: Die Rotterordnung vom 26. Juli 1930 hat in § 187b W.D. die Krankenscheinegebühr von 50 Rpfg. eingeführt, gleichzeitig die Familienhilfe als Familienmitglied benötigt, Krankenscheinegebühr zu bezahlen. Durch die Rotterordnung vom 1. Dezember 1930 sind einige Gruppen von Versicherern von der Entrichtung der Krankenscheinegebühr befreit: z. B. Arbeitslose, Ausgesteuerte, Tuberkulose- und Geschlechtskranke. Es hat sich nun eine Art Dortortfrage daraus entwickelt, ob ein Arbeitsloser genötigt ist, die Gebühr zu entrichten, wenn ein Familienangehöriger ärztliche Hilfe benötigt. Wenn man sich nicht auf juristische und andere Spitzfindigkeiten zur Deutung der nicht sehr durchsichtigen gesetzlichen Bestimmungen einlassen will, so ist man genötigt, allgemein menschliche und soziale Erwägungen anzustellen, und da kann doch nur ein Resultat sich ergeben, nämlich, daß unter solchen Umständen die Familienangehörigen von der Krankenscheinegebühr befreit sein müssen. Es ist klar, daß in einem Haushalt, der von dem Gelde des arbeitenden oder erkrankten Familienmitgliedes leben muß, Einkünften und Ersparnisse unter allen Umständen gemacht werden müssen. Auch für den nicht erwerbsfähigen oder erkrankten Versicherungsnehmer, der von seinem Arzt arbeitsunfähig geschrieben ist, sollten die Krankenscheinegebühren für die erkrankten Familienangehörigen erlassen werden. In einem Haushalt, der mit jetzt 60 Prozent des gewöhnlichen Einkommens rechnen muß, sollte nicht eine Gebühr für die nötige ärztliche Behandlung erkrankter Familienmitglieder eingedreht werden.

— Diebstahl. Am 26. Dezember wurde in Göttingen an einem Kratzen ein Rotteranmantel mit Wappenstein und Bekleben in der Zeit von 17.30 bis 18.15 Uhr gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Polizei-Bermatting entgegen.

— Eingebrochen wurde am zweiten Festtage abends in der Kraußstraße in der Wohnung eines nichtheimtätigen Bürgers. Gestohlen wurden Kleingeldstücke. Sachdienliche Mitteilungen sind an die Kriminalpolizei zu richten.

— 8. Pflichtenstellung des Ehepartners. Der erste Januar-Ehepartner ist auf Sonntag, den 4. Januar angelegt. Nachdem letzten Vorstellungen mit Ausnahme des Sprennabends der letzten Unterhaltung gemeldet waren, ist diesmal ein literarisches merkwürdiges Werk zur Aufführung gelangt: „Régina“ von Ibsen. Ein Gegenbeispiel von Diebstahl. Die Mitglieder werden gebeten, bis Sonntag ihre Stimmplätze einzulösen. — Der Vorstand für Nichtmitglieder wird heute in den bekannten Borekkaustauschlagarengelächter Räume und Papierhandlung Schöckhstraße eröffnet.

Entlassung geisteskranker Strafgefangener

Einem längeren Rundschreiben des Reichsjustizministers für Volkswohlfahrt entnehmen wir folgendes: Die Oberstaatsanwälte (in den Sachen, die zur ertüchtlichen Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehören: die Generallaotsamtsanwälte) werden ermächtigt, die Vollstreckung von Freiheitsstrafen zu unterbrechen, wenn ein Strafgefangener in Gestaltstrahlentherapie fällt und nach dem Gutachten des Anstaltsarztes keine Lebensführung in eine öffentliche Heil- und Pflegeanstalt oder — in besonderen Fällen, z. B. wenn ein Strafgefangener lebenslanges Durchschlafen zu verfallen hat — in eine öffentliche Heil- und Pflegeanstalt angegeschlossenem Wohnraum notwendig ist.

In bringenden Fällen und wenn es nicht angängig erscheint, zuvor die Entlassung des Oberstaatsanwalts (des Generallaotsamtsanwalts) einzuholen, sind die Vorleser der Gefangenenanstalten beauftragt, aus eigener Anschauung Strafgefangene, bei denen die oben erwähnten Voraussetzungen vorliegen, zum Zweck der sofortigen Unterbringung in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt (in einem einer solchen angeschlossenen Wohnraum) aus der Gefangenenanstalt zu entlassen und der Polizeibehörde zu übermitteln.

Will der Oberstaatsanwalt dem Antrag eines Vorlesers auf Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht entsprechen, oder trägt er Bedenken, die Genehmigung zu erteilen, so entscheidet der Generallaotsamtsanwalt im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Strafvollzugsamts. Dieses Einvernehmen ist auch dann herbeizuführen, wenn dem Generallaotsamtsanwalt die Strafvollstreckung abgesetzt, aber der Bedenken trägt, dem Antrag eines Vorlesers stattzugeben oder die nachdrückliche Genehmigung zu erteilen. Kommt ein Einverständnis zwischen dem Generallaotsamtsanwalt und dem Präsidenten des Strafvollzugsamts nicht zustande, so ist dem Minister zu berichten.

In der Verfügung, die die Unterbrechung der Strafvollstreckung anordnet (genehmigt), ist der Entlassungsgrund und weiterhin anzugeben, daß die Entlassung unter der Voraussetzung erfolgt, daß der Betreffende in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt (in einer einer solchen angeschlossenen Wohnraum) untergebracht werde. Die Verfügung ist der Polizeibehörde des Entlassungsortes, und ferner hinfällig, dem Gefangenen bekanntzugeben. Handelt es sich bei dem Gefangenen um eine Person mit gemeingefährlichen verbrecherischen Gewohnheiten, so ist hierauf in der Mitteilung an die Polizeibehörde unter Darstellung der Umstände, die die Gemeingefährlichkeit begründen sollen, hinzuweisen. Auch bei der Anordnung, welche die Staatsanwaltschaft vor der Entlassung des Gefangenen aus der Heil- und Pflegeanstalt nach der Nr. vom 6. 1. 1902 abzugeben hat, ist so zu verfahren.

Soll ein Verurteilter, der wegen Gestaltstrahlentherapie aus der Strafvollstreckung entlassen und in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt untergebracht war, seine Strafe weiter verüben, so hat der zuständige Beamt für Beobachtungen zu berichten, ob wegen der Unterbrechung der Strafvollstreckung ein Schaden an dem Verurteilten eingetreten ist. In dem Bericht ist die Dauer des Aufenthaltes in der Anstalt und die nach zu verbleibende Strafdauer anzugeben.

— Verhaftung eines Hatzschwindlers. Festgenommen und dem Untersuchungsamt zugewiesen wurde der Handlungsgehilfe B. B., ohne festen Wohnsitz, der in den letzten Monaten einem jungen Mädchen unter Verleumdungsvorwürfen mehrere Hundert Mark abgehändelt hat. Als das Opfer aufspürte und nichts mehr zu holen mochte, ließ er sie mittellos sitzen.

— „Koffpappen“. Das unferne alte Kindermädchen immer dem Zuspruch unserer Reinen finden werden, zeigte die Sonntagmorgens-Bildung, die Inhaberin Hartig im Kurhaus veranstaltete. Hunderte von Kindern füllten den Saal. Mit Unterfertigung von

Sichtsbildstreifen ergrühte Janne Jäggel Kindermädchen, die reines den Beifall der Besucher fanden. Endlich hob sich der Vorhang und „Koffpappen“ erlief in Bestreue vor den anständig laufenden Kindern. Als Koffpappen galtierte die kleine Gisi Hartig, die ebenso wie ihr Gegenüber, der kleine Fritz Hardam, sich vorzüglich mit ihrer Aufgabe abgaben. Rudolf Hartig als Jäger und Hanna Jäggel als Mutter bereiteten den Reinen manche Freude. Die Großmutter Luise Mea, welche die Bekanntheit mit des Kindes Magen machte, wurde mit Schauern von den Kindern angefaßt. Die Zwischenpausen füllte Musiklust aus.

— Das Ende einer Bierreise. Auf recht unangenehme Art endete für einige Meßburger Einwohner eine ideale Bierreise in Wernigerode. In einem tiefen Saale mußten mit Hilfe der Polizei die drei unangenehmen Gäste entfernt werden. Am die Festgebeuten zu fesseln, machten sich die Gäste, die in Holzpanzern und einem sehr unangenehm auffallenden Anzuge daher kamen, abdrückten. Bei der Feststellung der Personalien ergab sich, daß der eine, der Befehl des mitgebrachten Kraftwagens war, nicht im Besitz eines Führer- und Zulassungsscheines war. Die Steuerkarte war am 17. Dezember 1930 abgelassen. Der Wagen wurde in polizeilichem Gewahrsam genommen, bis die Steuer hinterlegt ist. Der Befehl des Wagens, ein Schriftführer Sch., der wiederholt mit dem Strafgefall in Konflikt geraten ist, wurde erneut in Haft genommen.

* Aufhebung der Preisentlastung. Wie der Ämtliche Reichliche Preisbeirat mitteilt, haben der Reichsverband des Deutschen Handwerks und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels danksamer Weise ihren Mitgliedern dringend empfohlen, die Preisentlastung der Regierung auch durch eine Anweisung an die Steuerbehörden nicht zu unterstützen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Regierungspräsidenten angewiesen, in Verbindung mit den Organisationen des Handwerks und Einzelhandels beratend einzurufen, daß diese Stellungnahme der Spitzenorganisationen örtlich verwirklicht wird. Dabei hat der Handelsminister angeordnet, die Ausscheidung von Preisentlastungen dort zu ergreifen, wo es sich um den Verkauf notwendiger Lebensmittel handelt.

* Schwerbeschädigte, Blinde und Steuerermäßigungen. Das Jahr geht zur Neige. Der gute Freund der arbeitenden Staatsbürger, der Steuerloste, rührt sich, um elfig alles die Steuerlast zu zerlegen, damit von rechtigerm vermerkt werden könne, ob und wieviel Lohnsteuer ein jeder entrichtet habe. Es ist sicherlich kein besonderes Glücksgeld für arme Leute, Steuern zahlen zu müssen. Jedermann lacht daher von den bestehenden Rechten der Steuerermäßigung den ausgiebigen Gebrauch zu machen. Es sei daher besonders daran erinnert, daß es einen großen Kreis von Menschen gibt, denen besondere Steuererleichterungen bewilligt werden. Das sind die Schwerbeschädigten und die Blinden. Schwerbeschädigte sind Kriegs- und Unfallbeschädigte, welche eine Rente von 50 Prozent und mehr erhalten. Diese muß auf Antrag von der Steuerbehörde eine Steuererleichterung in der Höhe der von ihnen bezogenen Rente gewährt werden. Bezüglich solcher Schwerbeschädigten jedoch jener Pflegegeld, sind sie also pflichtbefrei im Sinne des Gesetzes, dann muß diese Befreiung durch eine weitere Steuererleichterung weiterhin bewilligt werden. Es muß dann außer der Prozentzahl der eigentlichen Rente oft noch ein weiterer Zuschlag von 100 Prozent steuerfrei bleiben. Auch für Blinde, welche keine Rente beziehen, bestehen ähnliche günstige Steuerermäßigungen. Sie haben von vornherein ein Recht auf eine Steuerermäßigung von weiteren 150 Prozent. Es muß ihnen daher ein steuerfreier Betrag von mindestens 250 Mark zugerechnet werden, so daß sie in der Praxis des Jahres vollkommen steuerfrei sein dürfen. Da die meisten Schwerbeschädigten von diesen Rechten keine Ahnung haben, ein sie gut daran, sich unverzüglich bei den Finanzämtern unter Vorlage der Rentenbescheide oder bei Blinden eine angerechnete Befreiung, zu melden.

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

44. Fortsetzung. (Fortsetzung verboten.)

Der Vertreter der Anklage erhob sich und glättete sein Gesicht zu feierlicher Würde: „Meine Herren! Heilig ist das Leben! Es ist das Höchste, das der Mensch besitzt, und eine Gesellschaft, die sich nicht selbst vernichtet, muß dieses Leben schützen, mehr als alles andere auf der Welt. Diese Erkenntnis ist nicht von heute. Seit es Recht gibt und Gesetz, ist die Verhütung des Lebens unter die schwerste Strafe gestellt. Seit es Recht gibt, und Gesetz, wird der Mörder sein Haupt auf den Nackt legen, droht die Todesstrafe dem, der das Leben mordet. Aber nicht nur das Leben des Menschen, der im Auge mündet, ist heilig — heilig ist auch das Leben im Schoß der Mutter, und auch das neue ich eines Mädchens, der dieses Leben vernichtet. Und es wäre furchtbar, sollte den, der feindliches Leben mordet, die gleiche Strafe treffen. Das Gesetz ist mild; es straft nicht mit dem Tode, sondern nur mit Zuchthaus. Ich weiß nicht, ob es nicht gerade diese Milde ist, die den Gegnern unserer Gesellschaftsordnung den Sturm Mut gibt, gegen das Gesetz, gegen den § 218 immer wieder zu laufen, — aber ich weiß, daß es die Pflicht jedes anständigen Menschen ist, sich mit Absehen von diesem Treiben abzugeben.“

hat, und das Gutachten des Sachverständigen Professor Wollnig — einer allerersten Autorität. Auf die Sachverständigenausgabe des Herrn Professor — Vergebung! Geheimrat Hubermann will sich gar nicht einlassen, weil er nicht die Zeit zu verlieren.“

Auch in den anderen Fällen hat Dr. Berchtold nach der Meinung des Staatsanwalts aus schänder Gemeinnützigkeit gehandelt: „Der Angeklagte hat Aufzeichnungen gemacht, in denen er behauptet, daß in den meisten Fällen aus medizinischen Gründen der Eingriff unternommen wurde. Meine Herren, das Papier ist gebührend. Im Beweis für diese Behauptung ist uns der Angeklagte selbst schuldig geblieben! Außerdem will er aus Mitleid gehandelt haben! Man kennt das! Die Paratologie jener Wähler, die unsere Gesellschaftsordnung niederrücken möchten, ist uns bekannt genug, und sojales Mitleid ist eines ihrer Hauptplattgewürze. Mitleid mag eine schöne Tugend sein, aber wohin können wir denn, wenn man aus Mitleid Verbrechen begeht? Aus Mitleid morden?“

„Meine Herren — keine Verwirrung der Gefühle! Der Angeklagte hat in acht Fällen widerrechtlich in den Gang der Natur eingegriffen, hat in acht Fällen feindliches Leben gemordet. Die Gemeinde? Glauben Sie nicht an seine medizinischen Ermäßigungen für die keine Spur von Beweis vorliegt! Glauben Sie nicht an die Phrasen vom sozialen Mitleid — die ist erlogen! Aber glauben Sie an die fünfzig Mark, die der Angeklagte der armen Zulupa Lehner abgenommen hat — hier liegen die Wurzeln zu den Verbrechen des Angeklagten! Meine Herren, Sie sind berufen, die Gesellschaft vor Elementen zu schützen, deren Gemeingefährlichkeit nicht jedem Zweifel fähig! Es ist Ihre Pflicht, Vertreter ihrer guten Auffassung, die an den Grundtönen menschlichen Bewusstseins ruhen, indem sie die Heiligkeit des Lebens wahren! Die menschliche Gesellschaft erwartet von Ihnen den Schutz, den ihr das Gesetz verleiht. Sie erwartet von Ihnen, daß Sie sich von jeder feiner Sentimentalität beeinflussen lassen. Sie erwartet von Ihnen, daß Sie die Schuldtfragen ausnahmslos bejahen. Heilig ist das Leben!“

Mit einer energischen Handbewegung schlägt der Staatsanwalt den Deckel der Akten zu, die vor ihm liegen. Dann nimmt er wieder Platz.

Zwölftes Kapitel.

„Das Wort hat der Herr Verteidiger!“

Dr. Leo Jacobson beginnt ganz leise, im Jubelraumum fast nicht verständlich:

„Ich habe das Ratios des Herrn Staatsanwalts nicht zur Verfügung, nicht die großen Worte des öffentlichen Anklägers. Ich

„Sie haben dafür das Zeugnis des Gerichtsarztes, der die Obduktion vorgenommen hat, der also wissen muß, was er gesehen

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Zeugungspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht ungenügend festgelegt und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags-Belegungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Verleger: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt u. Redaktion: Arthur Wollenberg, für den lokalen Teil Wilhelm Rindemann, für Bekannde u. Zirkulare Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist bei der Zahlung vorzulegen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahmen in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Geschäfts-Abrechnung 4526 und Volksbuchhandlung (Steinweg) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 304

Dienstag, den 30. Dezember 1930

5. Jahrgang

Es stinkt.

Colosser gegen Dremwig: Korruption in der Wirtschaftspartei.

Der bisherige zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colosser, erhebt gegen den ersten Vorsitzenden, Bürgermeister Dremwig, den Vorwurf der Korruption in der Wirtschaftspartei, schwere Anklagen, die in einer Denkschrift enthalten sind.

In dieser Denkschrift wird Herrn Dremwig der Vorwurf gemacht, daß er von der Deutschen Mittelstandsbank, dem Bankinstitut der Partei im Jahre 1928 aus Wahlgeldern Aktien im Betrage von 100.000 Mark für eigene Zwecke gekauft habe. Als dann dieser Betrag für die Partei fehlte, habe Dremwig die Aktien wieder bei der Bank beiseite, die Bank sei dadurch in die Liquidation ihres eigenen Bankinstitutes geraten. Weiter habe er auch bei den Mitgliedern der Mittelstandsbank starker Befremden erregt, daß ihnen von der Bank Aktien zum Nennwert von 103 Prozent aufgebracht worden seien, die jetzt 22-23 Prozent im Kurse stünden und unverkäuflich seien. Weiter bemängelt die Denkschrift, daß die Bank der Wirtschaftspartei von den kleinen Geschäftskleuten 16-20 Prozent Zinsen pro Jahr für Kredite verlange. Dremwig wird vorgeworfen, daß er Parteigelder in Höhe von 13.000 Mark zum Bau und zur Errichtung seiner Villa in Walsdorf verwendet habe, ohne die Zustimmung der Parteiführung eingeholt. Bisher sei von diesem Darlehen aus der Parteiführung noch kein Pfennig zurückgezahlt worden.

Ein weiterer Fall in der Denkschrift Colossers bezieht sich darauf, daß Dremwig seinem Ehegatten 20 in Erbschaft einen Kredit von 30-40.000 Mark bei der Mittelstandsbank verschafft habe. Das Grundkapital, auf das diese Forderung eingetragene worden sei, sei zwangsversteigert worden und die Parteigelder zum größten Teil verloren gegangen. Auch durch ein anderes Kreditgeschäft sei die Mittelstandsbank erheblich beeinträchtigt worden. Ferner wird Dremwig von anderer Seite vorgeworfen, daß er in seinem Eheleben den Vermögenszuwachs der Wirtschaftspartei durch Forderungen bedacht abzumenden verstanden habe, daß er sehr geringes Gehalt für die Mittelstandsbank übernehme. Als aber bereits Forderungsbefehle vorliegen, soll er dann verfuhr haben, einen Angestellten der Bank zur Bortierung des Lieberungsvertrages zu bewegen. Als dieser Angestellte sich geweigert habe, habe Dremwig ihn aus dem Betriebe hinausgedrängt.

In der Denkschrift wird auch behauptet, daß Dremwig beträchtliche Gelder, die der Partei aus der Gindensburgschachtel im Jahre 1925 aufgelassen seien, für sich persönlich als „Entgelt für seine miherrliche Tätigkeit“ einbehalten habe, ohne sie durch die Parteiführung gehen zu lassen. Das sind ähnliche Dinge, die sich besonders bei den Sittenrichtern der Wirtschaftspartei nicht ausnehmen.

Herr Dremwig bestreitet

natürlich die Richtigkeit der Angriffe des Herrn Colosser. Da der letztere aber als zweiter Parteivorstand mit ihm taum ein anderer

unterschied sein dürfte, muß man annehmen, daß die Angriffe gegen Herrn Dremwig nicht unbegründet sind. Bei der Gerichtigkeit des Herrn Dremwig kann man aber heute schon als feststehend betrachten, daß seine „Transaktionen“ ihm noch als besonderes Verdienst angeordnet werden.

Colosser soll fliegen.

Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei, der am Montag in Berlin tagte, befaßte sich wiederum mit dem Konflikt. Als Ergebnis der Verhandlungen wird folgendes mitgeteilt: „Der Vorstand der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes beschloß sich nochmals eingehend mit den Angriffen gegen den Parteivorstandenden Dremwig. Es wurde beschlossen, das Parteiführungsorgan anrufen und bei diesem zu beantragen, die Parteimitglieder Colosser und Dannenberg aus der Partei auszuschließen. Weiter soll der Reichsausschuß am 4. Januar nach Berlin einberufen werden. Der Parteivorstand Dremwig ist sich veranlaßt, auf Grund der erneut gegen ihn gerichteten Angriffe in der Presse, die der Vorstand nach Prüfung der Verhältnisse als völlig unbegründet ansieht, von der Ausübung seines Vorstandsamtes bis zum Spruch des Parteiführungsorgans Abstand zu nehmen.“

Das Parteiführungsorgan wird am gleichen Tage mit der Reichsausschuß, also am 4. Januar, zusammentreten.

Ein Muster-Nazi.

National unzuverlässig.

Dortmund, 29. Dezember. (Eig. Draht). Oberster Sturmabteilungsführer der Nazis für Westfalen ist ein gewisser Kohlsaat, der in Dortmund wohnt und dort bis vor kurzem bei den Sozialwerten gegen ein Monatsgehalt von 300 Mark beschäftigt wurde. Am 1. Februar soll Kohlsaat als Geschäftsführer eines in Dortmund neu errichtenden Nazi-Blattes fungieren.

Als Kohlsaat sich kürzlich bei der Dortmunder Polizei um einen Passausweis bemühte, wurde er wegen nationaler Unzuverlässigkeit abgewiesen. Warum er national unzuverlässig ist, hat die Polizei bisher nicht veröffentlichen lassen. In nationalsozialistischen Kreisen geht jedoch das Gerücht um, daß Kohlsaat, einst Oberleutnant der deutschen Armee, von 1920 bis 1925 der französischen Fremdenlegion angehört und dort als Offizier der deutsche Landwehrlinie als Bundesbesatzung und in der Wehrmacht als Offizier bat. Wahrscheinlich

Der Türke

1000 Verhaftungen in

Konstantinopel, 29. Dezember. (Eig. Draht).

Auf Veranlassung der türkischen Regierung sind in der Provinz Smyrna unter dem Verdacht an einer Verschwörung gegen den Staat beteiligt zu sein, bisher annähernd

1000 Personen verhaftet worden.

Die äußere Veranlassung zu dem Vorgehen der Regierung gab jener Aufstand in der kleinasiatischen Stadt Menemen, der mehreren religiösen Fanatikern das Leben kostete. Am Dienstag vor Weihnachten erschienen sich morgens kurz nach Sonnenaufgang, als die Bevölkerung von Menemen in der Hauptkirche der Stadt zum Morgengebete versammelt war, plötzlich 6 Bewaffnete in der Moschee. Der eine von ihnen, ein wegen seines religiösen Fanatismus bekannter Dersisch besitzig die Kanzel, ergriß eine der heiligen Kränze und forderte die Gläubigen auf, den alten Gottesdienst in der Türkei wieder aufzurufen und

die ungläubigen Kamalisten mit den Waffen zu bekämpfen.

Das Gerücht von dem Auftreten des Dersisches verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Bald versammelte sich eine große Volksmenge vor der Moschee, wo der Dersisch wiederum eine ähnliche Rede hielt, die ebenfalls mit der Aufforderung zum bewaffneten Aufstand endete. Während ein Teil der Menge für den Fanatiker Partei nahm, wagte ein altgedienter Offizier, für die Reformpolitik der Regierung zu sprechen. Auf einen Wink des Dersisches stürzten sich dessen Anhänger auf den Offizier, schlugen ihn zu Boden und

schliffen ihm bei lebendigem Leibe den Kopf ab.

Den sie dann auf die Spitze ihrer Kränze steckten. Als jedoch eine Abteilung Gendarmen heranzügte und den Dersisch aufforderte, sich zu ergeben, flieg er mit seinen Anhängern auf das Dach der Moschee und eröffnete ein heftiges Gewehrfeuer auf die Polizei. Ihr Kommandant und mehrere Beamte wurden getötet. Erst als die Gendarmen

Maschinengewehre gegen die Moschee

Die Regierung wird den Aufstand in Menemen weiterhin zur völligen Beseitigung der Oppositionspartei brauchen. Schon hat eine großangelegte Verfolgung aller Gegner der gegenwärtigen Regierung eingeleitet. Es ist aber sehr fraglich, ob durch Härte und Gewalt nicht eine Wiederholung des Aufstandes von Menemen bewirkt wird. Die Ereignisse von Menemen haben bei den Reaktionären bereits jetzt einen Fanatismus erzeugt, wie man ihn in der Türkei schon lange nicht mehr wahrgenommen hat.

Der Vernunft eine Gasse.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat sich in einem Reichstagsreden gegen den im deutschen Volk wachsenden Hang zur Maßlosigkeit ausgesprochen. Er sagte: „Seid maßvoll und gerecht im Urteil über unsere staatspolitische und soziale Lage! Seid keine Romantiker, die in einer glorifizierten Vergangenheit die schönere Zukunft sehen! Seid keine Illusionisten, die auf völlig neuer Grundrissen, ganz neue Wege, zu nie geahntem Glück gehen wollen! Seid keine Utopisten, die sich in die Zukunft verlieren! Seid keine Utopisten, die sich in die Zukunft verlieren! Seid keine Utopisten, die sich in die Zukunft verlieren!“

Diese allein aber genügt uns, und nur, was wir für leisten, gehört der Zukunft. Nur wer den Augenblick ergreift, der ist der rechte Mann. Wer hart, mit voller Eingabe an der Gegenwart arbeitet, der wird auch maßvoll und gerecht im Urteil; nur er weiß, was eine echte Leistung ist, und er macht jeden Bewusstseinsakt von neuem die Erfahrung der Unzulänglichkeit der Menschen gegenüber den Aufgaben, die sie sehen — und schließt sich selbst nicht aus.“

Die Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft muß sich durchsetzen gegenüber den organisierten Emselamentationen. Mit Jammern und Geheul, als es einfallen oder organisiert auftritt, ist noch niemals ein Gemeinwohl aufgebracht worden.“

Die Mahnung des Reichsarbeitsministers zu einer nüchternen Betrachtung der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und zu einer unerbitterlichen Aufarbeitung der Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft richtet sich gewiß nicht an die Adresse der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, denn beide haben seit Monaten das Menschengedächtnis gefüllt. Nur der Sozialdemokratie vor fast fünfzig Jahren in der Vergangenheit zu schätzen und zu bewahren. Sozialdemokratie und Sozialdemokratie sind deshalb die Front, gegen die sich in erster Linie der Stolz des wilden Haufens der Pfandanten, Romantiker, Idealisten und all der politischen Hochstapler und Wegelagerer richtet, die heute bei den Nationalsozialisten, bei den Kommunisten und bei deren heimlichen Bundesgenossen, d. h. bei den Scharmachern im Hintergrunde der Unruhen irren. Ihr Angriff gegen die stärkste Gruppe in der Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft, d. h. gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, ist nicht ungefährlich, denn das Wollenfeld droht, von der Not gemirrten Menschen, die nüchternste, fast blühende Überlegung zu rauben.

Das einfachste Mittel, um die gutgläubigen Wähler nationalsozialistischer und kommunistischer Parteien zu kurieren wäre sicherlich ein nationalsozialistisches Regierungsexperiment. Doch das politische Schicksal dieses Experimentes ist ein solches Experiment gerne sehen würde als Umfrage der rechtsstehenden Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitler?“ „An den früheren Reichspräsidenten Schacht, an den Generalsekretären A. v. Seekt und ähnlich große Politiker gerichtet werden.“ Erfahrung ist gewiß immer noch die beste Weisheit, sie ist aber auch die teuerste: Sie hat schon viele Leute sehr teuer, aber zugleich auch sehr arm gemacht. So würde es auch dem deutschen Volk gehen, wenn es ein Regierungsexperiment mit Herrn Hitler riskierte. Die Gefahren dieses Experimentes sind zu groß. Wir können uns den Versuch dieses Experimentes einfach nicht leisten. Wer zögert denn die Epochen nationalsozialistischer Experimente? Doch nur die dreien Wägen. Das Beispiel der Ruhrbesetzung hat es schon mehrfach genug bewiesen. Das Beispiel der Ruhrbesetzung war nichts anderes als ein Versuch, den nationalsozialistischen Großmächtern ihren Willen zu tun und einmal in der Reparationsfrage den starken Mann zu spielen und kein zu sagen. Nachdem die paar Großmächter der kleinen Leute durch die übersteigerte Inflation reiflos zum Teufel gegangen waren, durfte Stresemann mit Unterstützung der Sozialdemokratie wieder die Politik der Ruhrbesetzung probieren und den Weg nach Weimar antreten. Wichtig würde ein neues Experiment der nationalsozialistischen Wähler sein: Herr Hitler kann ja nicht einfach als Regierungsmann nur seine paar sozialistischen Propagandapropaganda abschreiben und dann einfach Hilfe halten. Er muß, ob er will oder nicht, etwas probieren? Denn er hat den Wägen zu viel vorgezogen.

Schade, daß eine Hitler-Regierung uns zu teuer zu stehen kommt. Sie wäre der beste Schrittmacher für einen neuen Aufstieg der Sozialdemokratie. Mancher Arbeiter würde, wenn die Sozialisten regieren, schnell dahinter kommen, was er bisher an der Sozialdemokratie und an den Gewerkschaften hatte. Er würde bald merken, daß und warum in Deutschland, d. h. in einem Land, das den größten aller Kriege verloren hat, für den Proleten immer noch ein bißchen besser gefordert ist als bei den Kapitalisten Amerikas oder bei den Kommunisten Sowjetrußlands, deren Arbeiter, wenn sie können, auf den Knien nach Deutschland zu den Bonzen rutschen würden.

Soll dem deutschen Volk das Unglück einer Hitler-Regierung erspart bleiben, soll die Reichsarbeitsminister es fordern — die Gemeinde der politischen und wirtschaftlichen Vernunft ihre schmerzliche Aufgabe fortsetzen, dann muß aber auch die Reichsregierung sich etwas anders einstellen. Ihr Lohnabbauexperiment zum Beispiel hat mit wirtschaftlicher Vernunft nicht recht gemacht. Etwas Besseres wäre auch die Regierung Ströming in der Weihnachtsnacht eines unglücklichen Volkes nicht fügen.